

Die baltischen Probleme

Autor(en): **Balticus**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **23 (1943-1944)**

Heft 12

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-159093>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Premierministers, unterstützt, so ist in diesem Falle die offensichtliche Verletzung der Grundsätze der Atlantik-Charta deswegen nicht zu bestreiten, weil die Sowjetunion durch Erklärung vom 30. Juli 1941 bestätigte,

„daß die sowjetrussisch-deutschen Übereinkommen von 1939 über die territorialen Änderungen in Polen ihre Gültigkeit verloren haben“,

andererseits aber die „Curzon-Linie“ sich im wesentlichen mit der deutsch-russischen Demarkationslinie vom Herbst 1939 deckt.

Allein es dürfte heute — unbeschadet dieser Feststellungen — und ganz im besonderen nach den Erklärungen Churchills vom 22. Februar 1944, tatsächlich der letzte Zweifel darüber zerstreut sein, daß die westlichen Alliierten der Sowjetunion bei den Konferenzen von Moskau und Teheran die Grenzen des 21. Juni 1941 zugestanden haben, und zwar sowohl zu Lasten Polens wie zu Lasten der drei Baltischen Staaten. Und dann kann es sich dabei, so scheint es, zu Gunsten Rußlands bestimmt nicht um ein Maximum gehandelt haben — eher besteht neuerdings die Vermutung, daß es ein Minimum war, wofür — wenn wir von den polnischen Ansprüchen auf Kompensation absehen — einstweilen allein auf die Tatsache zu verweisen wäre, daß bereits der Begriff „Königsberg“, als russischer Stützpunkt, zu einem ernsthaften Diskussionsthema im Hinblick auf die unmittelbare Nachkriegszeit geworden ist.

(6. März 1944.)

Die baltischen Probleme.

Von *Balticus*.

An der Ostsee, die in vielen Sprachen als das Baltische Meer bekannt ist, lagen vor dem Ausbruch des gegenwärtigen Krieges neun Staaten: Finnland, Rußland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Deutschland, Dänemark und Schweden. Dagegen werden als „baltische Staaten“ im engeren Sinne des Wortes nur Estland, Lettland und Litauen genannt. Sie werden manchmal auch als „Randstaaten“ oder „Etats limitrophes“ bezeichnet. An welchen „Rande“ befinden sich denn diese Staaten? Man will damit offenbar zum Ausdruck bringen, daß sie am „Rande“ Deutschlands und Rußlands liegen. Damit wäre bereits ein guter Teil der baltischen Probleme umschrieben. In der Gegenwart erhebt sich dieses Problem nämlich als Folge der russisch-deutschen Rivalität um die Herrschaft im östlichen Teil der Ostsee.

In Wirklichkeit aber ist das Problem mit dem Schicksal der drei baltischen Staaten bei weitem nicht erschöpft. Es genügt, sich die Tatsache vor Augen zu halten, daß von den neun erwähnten Küstenländern der Ostsee nur ein einziger Staat, nämlich Schweden, bisher außerhalb des Krieges

bleiben konnte. Es ist auch nicht zu vergessen, daß der gegenwärtige zweite Weltkrieg wegen einer Stadt ausgebrochen ist, die an der Ostsee liegt. Will man das ganze Problem auch nicht komplizieren, so bleiben nach Ausschluß der eigentlichen skandinavischen Länder (Dänemark und Schweden) dennoch ganze sieben Staaten übrig, die an der Lösung der baltischen Probleme direkt interessiert sind.

Der letzte Staat, der an der Küste der Ostsee festen Fuß zu fassen vermochte, war Rußland. „Erst“ vor etwas mehr als 200 Jahren konnte der russische Zar Peter der Große die Tat vollbringen, die der russische Dichter A. S. Puschkin als „v Evropu prorubitj okno“ (ein Fenster nach Europa durchhauen) bezeichnete. Freilich versuchten auch früher einige Moskauer Herrscher, in den baltischen Raum vorzudringen; sie wurden jedoch jedesmal zurückgewiesen.

Über ein halbes Jahrtausend bildete Finnland einen Bestandteil des schwedischen Reiches. Fast ebenso lang stellten im gegenwärtigen Estland und Lettland die Nachkommen der Schwert- und Kreuzritter und des Bürgertums des Hansabundes die herrschende Oberschicht. Schon früh entspann sich um diese Länder ein Kampf, an dem außer den Deutschen auch Dänen, Schweden, Litauer und Polen beteiligt waren und dort abwechselnd die politische Herrschaft ausübten. Zwischen dem Schwertritter- und dem Kreuzritterorden einerseits und den Litauern und Polen andererseits tobte ein Kampf, der zwei Jahrhunderte dauerte. Anfangs des XV. Jahrhunderts endete dieser mit einer Niederlage des Ordens. Dennoch verblieb das jetzige Ostpreußen bei den Deutschen. Litauer und Polen konnten eigene Staatswesen gründen, die später in eine Föderation miteinander traten und jahrhundertlang insbesondere weißruthenische und ukrainische Gebiete beherrschten. So waren z. B. Minsk und manche ukrainische Gebiete weit länger mit Litauen und Polen verbunden als mit Moskau.

Der große Umschwung trat im baltischen Raume Anfang des XVIII. Jahrhunderts ein, als hier Peter der Große Schweden verdrängte und Estland und einen Drittel des lettischen Territoriums in Besitz nahm. Rußland erstarke rapid. Das Zusammengehen Rußlands mit Preußen und Österreich brachte einen weiteren vorgeschobenen Posten Mitteleuropas — den litauisch-polnischen Staat — zur Strecke. Im Jahre 1795 wurde die letzte Teilung Polens-Litauens herbeigeführt. Die nun eingetretene Verschiebung der Kräfteverhältnisse bekamen bald auch andere Staaten zu spüren. 1809 kam Finnland unter russische Herrschaft, 1812 wurde Bessarabien durch Rußland annektiert. So wurden durch den russischen Machtanspruch Probleme gelöst, aber zur gleichen Zeit auch geschaffen, die die Weltöffentlichkeit heute erst recht beschäftigen.

Mit Ausnahme der Polen ist kein Volk dieses Raumes slawisch, aber auch nicht germanisch. Keines dieser Völker ist mit Rußland durch Bande der Religion gebunden. Polen und Litauer, ebenso wie ein Drittel des lettischen Volkes sind römisch-katholisch, die Mehrheit der Letten wie das

estnische und das finnische Volk sind Protestanten. Sie leben etwa seit Beginn unserer Zeitrechnung am Rande der Ostsee. Aus der Vergangenheit, die wir hier kurz skizziert haben, geht hervor, daß dieser Raum seit Jahrhunderten hauptsächlich mit dem Westen Europas verbunden war. Jede geistige Bewegung, die im Westen Europas ihren Anfang nahm, fand im baltischen Raume erstaunlich rasch Widerhall. Die Reformation z. B. berührte Rußland in keiner Weise. Dagegen verbreitete sich die Lehre Martin Luthers in einigen Jahrzehnten bis nach Narwa und Helsinki (Helsingfors). Die Gegenreformation konnte in Litauen die Oberhand gewinnen, doch gab es auch dort Anhänger des Genfer Reformators. Die Bibel wurde in die Sprachen jener Völker auf Veranlassung der Schwedenkönige übersetzt. König Gustav Adolf gründete 1632 die Universität Dorpat (Tartu). Als Folge der Rivalität zwischen den Protestanten und dem Jesuitenorden entstand dort im XVI. Jahrhundert die erste religiöse Literatur, die eine weite Verbreitung in den Volksmassen fand. Im Jahre 1579 wurde von den Jesuiten eine Akademie in Wilna gegründet, die sich zur Universität entwickelte (später wurde sie von der russischen Regierung geschlossen).

Mit diesen paar Beispielen wollten wir andeuten, wie eng das geistige Leben des baltischen Raumes mit Westeuropa verknüpft war. Wer die Geschichte Rußlands kennt, weiß, wie ganz anders sich das dortige Leben gestaltete. Wir wollen damit keine Geringschätzung dem russischen Volke gegenüber ausdrücken, sondern nur feststellen, daß die geistige Formation der baltischen Völker auf anderen Grundlagen beruht als die der Russen. Die führenden Schichten des baltischen Raumes haben sich immer als Europäer gefühlt. Ein Problem wie etwa: „Sind wir Europäer oder Asiaten?“, das man in Rußland so oft diskutierte, konnte im baltischen Raume überhaupt nicht aufkommen. Obwohl man die baltischen Staaten als in Osteuropa gelegen betrachtet, ist zu bedenken, daß z. B. Riga vom Ural, der als die geographische Grenze Europas gilt, eine größere Distanz trennt, als von Dublin, der westlichsten Hauptstadt Europas. Hingegen dehnt sich das Russische Reich hinter dem Ural noch auf viele tausend Kilometer!

In ihrer modernen Gestalt sind die baltischen Völker ebenso wie das finnische Volk (gleicherweise wie manche mittel- und südosteuropäischen Völker) Produkte der sogenannten „nationalen Renaissance“, die ihren Nährboden in den westeuropäischen Ideen der Aufklärung, der Romantik und der französischen Revolution fand. Wie anderswo in Europa machte die Renaissance im vorigen Jahrhundert auch im Baltikum rasche Fortschritte. Ihre Träger waren meistens aus bäuerlichen Verhältnissen stammende Intellektuelle, Bürger, Handwerker, aber auch Bauern selbst. Mit der Entwicklung des Städtewesens und der Industrie traten dann noch Arbeiter hinzu. Ein Teil der Arbeiterschaft suchte freilich das Heil im Sozialismus, dieser nahm jedoch schon früh einen mehr nationalen als internationalen Charakter an. Daraus ist zu erklären, daß der Bolschewismus hier nur minimalen Anklang fand.

Die Renaissance der baltischen Völker hat von Anfang an einen doppelten Charakter getragen, nämlich einen nationalen und einen sozialen. Die Staatsgewalt lag zu jener Zeit in den Händen Rußlands. Abgesehen von einer kurzen Epoche unter dem Zaren Alexander I. war die russische Politik nicht nur reaktionär, sondern auch chauvinistisch. Darum war die Renaissance gegen diese Tendenzen des Zarenhofes gerichtet. Andererseits waren es in Estland und Lettland die Baltendeutschen (sog. „baltische Barone“), welche die herrschende Oberschicht ausmachten. In Litauen dagegen lagen die Verhältnisse so, daß ein großer Teil des alten litauischen Adels dem polnischen Einfluß verfiel und sich seinem Volke entfremdete. Der tschechische Patriot L. Kieger hat in einem Memorandum an Napoleon III. über sein Volk geschrieben: „Comme cette nationalité historique n'est ni représentée, ni prônée par la haute noblesse, elle n'a pas l'éclat des autres“. Dasselbe konnte man von den baltischen Völkern sagen. Die nationale Renaissance war in Estland und Lettland zugleich gegen das Deutschtum, in Litauen gegen das Polentum gerichtet. Da zudem jene Oberschichten den Großteil des Bodens besaßen, so vermengte sich die nationale Emanzipation mit dem sozialen Kampf, hauptsächlich mit dem Kampf um den heimatlichen Boden. So ist es zu erklären, daß eine der ersten Maßnahmen der sich neu konstituierenden Staaten darin bestand, eine radikale Agrarreform durchzuführen, die den Großgrundbesitz restlos auflöste. All das hat seine Nachwirkungen auch in der Gegenwart, insbesondere wenn man sich vergegenwärtigt, welche Rolle in der Theorie des Nationalsozialismus der Begriff „Boden“ spielt. Alfred Rosenberg, der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, soweit diese noch in deutschen Händen bleiben, ist ein Deutschbalte aus Estland; der deutsche Generalkommissar in Litauen, A. von Renteln, stammt aus denselben Kreisen. Daß diese Leute eifrige Verfechter des in „Mein Kampf“ entwickelten Kolonisierungsgedankens sind, ist selbstverständlich. Hingegen war Joseph Pilsudski, der erste Marschall Polens, ein Pole aus Litauen. Der von ihm angeregte „Putzsch“ gegen Wilna ist u. a. auch darauf zurückzuführen, daß die Gutsbesitzer jenes Gebietes ihre Güter vor der in Litauen dekretierten Agrarreform retten wollten.

Es lag in der Natur der Dinge, daß die nationale Idee bei den baltischen Völkern eine ausgesprochen demokratische sein mußte. Diese Tatsache vermag auch der Umstand nicht zu entkräften, daß in den späteren Jahren bei ihnen einige Zeit ein mehr oder weniger autoritäres Regime geherrscht hat. Die individualistische Note in ihrem Volkscharakter ist derart ausgeprägt, daß der bolschewistische Kollektivismus ihnen als fremd und widernatürlich erscheint.

Bekanntlich konnten die baltischen Völker ihre eigenen Staaten wiederherstellen oder neu bilden, als der erste Weltkrieg die großen Ummwälzungen in Europa herbeigeführt hatte, die auch einigen anderen europäischen Völkern wieder die Freiheit brachten. Sie haben ihre Staaten auf unbe-

stritten nationalem Boden errichtet (die Angelegenheit des Memelgebietes liegt auf einer anderen Ebene, auf die wir an dieser Stelle nicht eingehen können). Ihre Staatswesen waren im wahrsten Sinne des Wortes Ausdruck des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Das jedem zivilisierten Volk innewohnende Bestreben, seine schöpferischen Gaben zu entfalten, konnte selbstverständlich die nötigen Bedingungen nur im Rahmen der staatlichen Unabhängigkeit finden. Mit ihren Leistungen sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf kulturellem Gebiete können sie sich in aller Ruhe mit allen Staaten messen. Sie waren sich stets bewußt, von der Natur selbst dazu ausersehen zu sein, als Brücke zwischen dem Westen und dem Osten zu dienen. Ihre Häfen und Eisenbahnen standen jedem frei, der sie benutzen wollte. Der Transitverkehr wurde durch Spezialtarife weitestgehend begünstigt. Leider hat zum Beispiel Sowjetrußland von all diesen Erleichterungen nur einen minimalen Gebrauch gemacht, dies aus dem einfachen Grunde, daß seine Regierung eine ausgesprochene Autarkiewirtschaft anstrebte, was zur Folge hatte, daß seine Handelsbeziehungen mit dem Auslande im Vergleich zu früheren Zeiten stark zurückgingen. Ihre Außenpolitik basierten die baltischen Staaten in erster Linie auf die Grundsätze des Völkerbundes. Ihre Staatsmänner begrüßten aufrichtig den Eintritt der Sowjetunion in die Genfer Institution und sie bedauerten es, als der sowjetische Überfall auf Finnland ihren Ausschluß aus der Liga nötig machte. Übrigens haben die baltischen Staaten bis zu den Ereignissen des gegenwärtigen Krieges mit der Sowjetunion keine nennenswerten Differenzen gehabt. Die Wühlarbeit der Agenten der Kommunistischen Internationale konnte an und für sich keine ernsthafte Gefahr bilden, da der Bolschewismus der überwiegenden Mehrheit der baltischen Völker völlig wesensfremd war. Freilich diente als eine ernste Mahnung der kommunistische Putsch in der estnischen Hauptstadt Tallinn (Reval) in der Nacht zum 1. Dezember 1924, als einige Hunderte Kommunisten eine Sowjetrepublik ausrufen und den Einmarsch der Roten Armee veranlassen wollten. Dieses Memento wurde noch dadurch verstärkt, daß die Sowjetregierung die Eisenbahnstation gegenüber der estnischen Grenze nach dem Namen des estnischen Kommunistenführers in „Kängisepp“ umtaufte. Was hätte wohl die Sowjetregierung gesagt, wenn die Esten der gegenüberliegenden Station auf ihrem Territorium den Namen des während des Putsches ermordeten Ministers gegeben hätten?

Die baltischen Völker konnten sich ihrer Freiheit solange erfreuen, als das Recht auch nur einigermaßen das internationale Leben regierte. Mit dem Dahinschwinden der Rechts- und Moralbegriffe geriet auch ihre Existenz ins Wanken. Sie wurden Opfer der Politik, deren eine Seite als deutscher „Drang nach Osten“ bekannt ist, dessen Korrelat jedoch der wiederum nicht minder ausgeprägte russische „Drang nach Westen“ ist. Die Völker des baltischen Raumes, aber auch zahlreiche andere Völker, etwa die des Balkans, kennen sowohl den einen als auch den anderen. Auch

einige Großmächte bekamen ihn in der Vergangenheit zu spüren. Der Krimkrieg (1854—1855) war die Folge eines von diesen „Drängen“, ebenso wie der erste Weltkrieg nicht zuletzt von den beiden „Drängen“ verursacht wurde. Auch der gegenwärtige Krieg ist infolge der Tatsache ausgebrochen, daß sich Deutschland und Rußland über eine Demarkationslinie verständigen konnten, auf der sich die Wehrmacht und die Rote Armee treffen sollten.

Vor diesem Kriege wurde auf der Genfer Tribüne oft das Wort ausgesprochen, daß der Friede unteilbar sei. Der Gang der Ereignisse hat bewiesen, daß auch der Krieg unteilbar ist. Wendell Willkie kam nach seiner Reise zur Schlußfolgerung, daß die Welt unteilbar sei. Dagegen streben sowohl das nationalsozialistische Deutschland als auch das bolschewistische Rußland danach, im baltischen Raume exklusiv zu schalten und zu walten. In der Vergangenheit war dieses Bestreben unter „dominium maris Baltici“ bekannt. Noch kürzlich, am 4. Januar 1944, schrieb das Organ des deutschen Generalkommissariates in Estland, die „Revaler Zeitung“, daß im Mittelalter die Ostsee ein „deutsches Meer“ gewesen sei. Weiter führt das Blatt aus:

„Erst mit der Begründung des neuen (bismarckschen) Deutschen Reiches erwachte auch in Mitteleuropa wieder das Bewußtsein für die natürliche und traditionelle Stellung Deutschlands an der Ostsee, erwuchs langsam ein Gegengewicht gegen das russische Dominium. Ja, im Weltkrieg gelang es dem Reich, wenn auch nur für kurze Zeit, sich dank der Wiedereroberung Alt-Livlands und sonstiger Waffentaten im Osten, einen Teil seiner alten Vorherrschaft auf der Ostsee zurückzugewinnen.“ In den Jahren 1939/40 habe Sowjetrußland das Baltikum wieder an sich gerissen, dennoch liege „heute wieder, wie schon früher, ein Kiegel schützend zwischen der östlichen Gefahr und dem Lebensraum des Ostseerleges“.

Diese Ausführungen, obwohl neuesten Datums, liegen noch ganz und gar im Rahmen der bisherigen deutschen Ostpolitik. „Vorherrschaft“ und „Lebensraum“ sind ihre Hauptpfeiler. Daß der deutsche „Lebensraum“ die Vorstellung vom „Sterberaum“ bei anderen betroffenen Völkern aufkommen läßt, ist leider nicht reine Sophistik.

Es ist zu verzeichnen, daß die Sowjetregierung bei ihren Ansprüchen auf den Raum um die Ostsee mit auffallend ähnlichen Argumenten operiert. Auch der Kreml bestreitet ja den Anstößern das Recht, bei der Gestaltung ihres Schicksals mitzusprechen. Die Sowjetregierung beansprucht, nach Gutdünken zu bestimmen, wo die Westgrenzen Sowjetrußlands verlaufen sollen. Das willkürliche Verhalten hinsichtlich der polnischen Ostgrenzen ist aufschlußreich genug. Es gibt — und zwar kaum zu wenig eindeutige — Beweise dafür, daß sich Moskau den polnischen Staat als ein Gebilde vorstellt, das gänzlich in seiner Hörigkeit stehen würde, ja die Vermutung, daß er nach den Plänen Moskaus ein richtiggehender Sowjetstaat werden sollte, scheint uns heute keineswegs von der Hand zu weisen. Nach russischen und englischen Pressestimmen ist vorgesehen, Polen im

Westen zu kompensieren. Der Königsberger Hafen wird dabei als zukünftiger Stützpunkt für die Sowjetflotte genannt.

Für diejenigen, welche die russischen Expansionspläne von der Zarenzeit her kennen, stellen solche Ausblicke keine Überraschung dar. Die gegenwärtige sowjetische Außenpolitik sucht ja Inspirationen aus der Geschichte Alt Rußlands. Alexander Newski, Iwan der Schreckliche, Peter der Große und Katharina die Große — sie alle sind als Begründer der russischen Westexpansion die Vorbilder von heute geworden. Unter der Redaktion des ehemaligen Sowjetbotschafters W. P. Potemkin ist 1941 in Moskau eine „Geschichte der Diplomatie“ erschienen. Sie gibt uns interessante Aufschlüsse darüber, wie man — wenn auch unter Heranziehung zahlreicher Zitate von Marx und Engels — in Moskau die Vergangenheit Rußlands verherrlicht. Sie liefert uns auch die Bestätigung so und so mancher Übereinstimmung zwischen gegenwärtigen Konzeptionen Moskaus und traditioneller Politik Rußlands. Sogar der reaktionärste aller russischen Zaren, Nikolaus I., erscheint in anziehendem Lichte, weil er „Superarbitrer der europäischen Diplomatie“ gewesen und als „Schrecken für die Regierungen Mitteleuropas“ aufgetreten sei. Aus dem Vorwort des Buches erfährt man, daß es als Lehrbuch für die Sowjetdiplomatie gedacht sei.

Jene Tage von 1917/18, wo die Führer der bolschewistischen Partei für einen Frieden „ohne Annexionen und Kontributionen“ warben, sind jedenfalls schon längst vorbei. Damals brachte der Gründer des Sowjetstaates, W. Lenin, am ersten Tag nach seiner Machtübernahme zum Ausdruck, daß seine Regierung gegen jegliche Annexion sei, wobei als solche

„entsprechend dem Rechtsbewußtsein der Demokratie im allgemeinen und der werktätigen Klassen im besonderen jede Angliederung einer kleinen oder schwachen Nation an einen großen oder mächtigen Staat“

zu betrachten sei, eine gewalttätige Angliederung aber eine „Eroberung und Vergewaltigung“ darstelle. Anscheinend haben 25 Jahre genügt, um einen Staat, der vorgibt, eine neue Welt aufzubauen, erneut in die Fußtapfen eines alten, verabscheuten Imperialismus treten zu lassen. . . Die sowjetischen Gelüste im Ostseeraum, die je länger je deutlicher zutage treten, werden sich nur durch Eroberung befriedigen und durch Gewalt aufrecht erhalten lassen. Doch auf lange Sicht ist nichts so brüchig wie die Gewalt!

Sowohl Deutschland als auch Rußland sind bestrebt, die Probleme des baltischen Raums allein, durch einseitigen Machtpruch zu lösen, unter Mißachtung der Stimme jener neun andern Völker, die unmittelbar mitinteressiert sind. Sie wollen auch jenen weiteren Kreis von Mächten ausschalten, die an der Ostsee ein immerhin maßgebliches mittelbares Interesse geltend machen. Man erinnere sich jener Fälle aus der Kriegsgeschichte, wo Großbritannien seine Flotte in die Gewässer der Ostsee einlaufen ließ. Man erinnere sich auch der großen Bedeutung, die nach dem letzten Krieg die Alliierten — heute werden sie sogar vom verbündeten Rußland aus

diesem Bereich weggewiesen! — den Ostseefragen für die Organisation eines dauerhaften Friedens einräumten. Es wäre nach unserer tiefsten Überzeugung eine gefährliche Illusion, glaubte man die Probleme des baltischen Raumes aus dem ganzen durch den heutigen Krieg ausgelösten Fragenkomplex herausreißen zu dürfen. Das baltische Problem ist viel komplizierter als man gemeinhin annimmt. Es kann nur im Rahmen einer gesamteuropäischen Ordnung gelöst werden. An dieser Lösung sind letzten Endes alle Völker interessiert. Als im Jahre 1931 der Krieg im Fernen Osten wegen der Mandschurei ausbrach, gab es nur wenige Leute, welche die Tragweite dieses Ereignisses richtig erfaßten. Und dennoch begann die Welt gerade seit jenem Augenblick in den Abgrund zu gleiten, bis zuletzt die große Katastrophe eintrat. Der Münchner Vertrag, der russisch-deutsche Vertrag wurden jeinerzeit als Triumphe gefeiert. Wohin diese Politik geführt hat, sollte heute jedermann einsehen. Die Erkenntnis von der Einheit der Welt kam der Menschheit teuer zu stehen.

Im Falle des Baltikums handelt es sich um die Aufrechterhaltung unumstößlicher Rechtsgrundsätze, deren Mißachtung das gegenwärtige Chaos nur noch vertiefen könnte. Die Atlantik-Charta hat solche Grundsätze verkündet. Das künftige Geschick der baltischen Staaten wird zum Prüfstein dafür werden, ob sie tatsächlich Geltung erlangen werden. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben durch berufene Interpreten erklären lassen, daß die Atlantik-Charta in vollem Umfange respektiert werden soll. So verbinden sich die Probleme des baltischen Raumes mit weiteren Problemen, deren Lösung eine Antwort auf die Frage erteilen wird: Lebensrecht für alle Völker oder Gewaltanwendung und Gewaltherrschaft.

Schon einmal in jüngster Vergangenheit ist den baltischen Staaten die Rolle eines Prüfsteins zugefallen, nämlich in der deutschen Ostpolitik, die sich über die natürlichen und unveräußerlichen Rechte der Völker hinwegsetzte und ihre „Neue Ordnung“ unter deren Mißachtung durchsetzen wollte, ohne es für nötig zu empfinden, andern Völkern auch nur minimale Perspektiven zu eröffnen. Die Folgen einer solchen Politik werden allmählich wohl auch jenen klar, die sie inspiriert haben. . .

Die Völker des baltischen Raumes sind jedenfalls sicher, daß der Tag anbrechen wird, wo sie in den Genuß ihrer Rechte kommen werden. Sie sind ihrerseits entschlossen, diese Rechte mit den Pflichten zu verbinden, die im wohlverstandenen Interesse der Völkergemeinschaft allen europäischen Staaten werden auferlegt werden.